

Dresdner Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M. für auswärts 0,40 R.-M. Die Restzeile in Anschlag an relationalen Text 79 mm breit kostet 2 R.-M. für auswärts 2,50 R.-M. — Die Briefgebühren für Zusendungen betragen 0,30 R.-M. — Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Unabhängige Tageszeitung mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung durch Post 2,25 R.-M. in der Reichs-Gewalt monatlich 6 R.-M. Postweg für Monat Juni 2,25 R.-M. einschließlich 0,72 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgeld). Kreisabonnenten: Inland wöchentlich 1,10 R.-M. Ausland 1,25 R.-M. Einzelnummer 15 R.-Pf. außerhalb Dresden 20 R.-Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstr. 4 • Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24601, für den Fernverkehr 14194, 20024, 27981 — 27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Postfach: Dresden 2060

Zustellungsbedingungen ohne Rücksicht werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsere Bezahler keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 137

Sontag, 15. Juni 1930

38. Jahrgang

Annahme des „Notopfers“ im Reichsrat?

Versuch, die Länder an den Erträgen des „Notopfers“ zu beteiligen — Die deutsche Niederlage in Moskau amtlich bestätigt

Ablehnung links und rechts

B. Berlin, 14. Juni. (Eigener Drahtbericht) Die Parteiblätter begnügen sich zum großen Teil mit der lamentarischen Wiederholung der amtlichen Stellungnahme über die weitere Kabinetsbildung. Wo Kritik geübt wird, fällt sie nicht zugunsten der Regierung aus, und zwar auf der linken wie auch auf der rechten Seite. Die „D. N. Z.“ stellt fest, daß die Vorschläge des Finanzministers leider „leben konstitutionellen Zug“ vermischen lassen. Der „Vorwärts“ bezeichnet die Begründung der Reichshilfe als eine „platonische Provokation“ und findet in dem geringen Betrag des Kabinetts eine neue Bestätigung des Vorworts des Zentrumsgewerkschafters Schlot „das rechtsbürgerliche Kabinett seit der Revolution“. Der „A.“ spricht dem neuen Kabinett jeden „Schatten der tatsächlichen Berechtigung“ ab. Es sei eine ausgerechnete Zweckverfehlung. Die „Deutsche Zeitung“ erklärt, „man müsse den Mut bewundern, mit dem das Kabinett dieses negative Programm dem am meisten unzufriedensten Reichstag als einheitliches Programm vorlegt und auszusprechen sucht.“ Bis zur Stunde sind die getrennt vom Kabinett veröffentlichten Vorschläge dem Reichsrat und nicht angelehnt worden. Man nimmt aber an,

daß dies noch im Laufe des heutigen Tages geschehen wird. Das Schicksal, das die Vorschläge vorliegen und hier, verheißt sich, in erster Linie das Notopfer vor den Vertretern der Länder haben wird, liegt noch ganz im Unbekannten. Es besteht aber Grund zu der Annahme, daß der Reichsrat den Vorschlägen des Kabinetts zustimmen wird. Man steht in Reichsratskreisen offensichtlich vor der Schwierigkeit zurück, andere Vorschläge zu entwerfen, wenn man bei einer Ablehnung der jetzt vorgelegten naturgemäß verbleiben würde.

Möglich ist aber, daß man versuchen wird, diese oder jene Änderung durchzuführen, allerdings wohl kaum zugunsten der Steuerzahler, sondern zugunsten der Vorkasse. Es dürfte, wie ja bereits mehrfach angedeutet, ein Streit um die Verteilung der Länder an den Einkünften aus dem Notopfer sich entspannen. Die Länder machen gerade die rechtliche Überweisung dieser Einkünfte an das Reich insbesondere geltend, daß doch der Hauptteil der besteuerten Gewässer aus ihren Rassen gezahlt werde.

Die Jugend an den Toren

Interessanter Wahlkampf in Sachsen — Junge Volksparteier und Volksnationalen

Der letzte sächsische Wahlkampf unterscheidet sich von allen früheren Wahlkämpfen ganz beträchtlich. Er ist zu einer großen Auseinandersetzung zwischen den alten Parteien und der Volksnationalen Reichsvereinigung geworden, die zum ersten Male in Sachsen in einen deutlichen Wahlkampf eingreift. Diese sehr nützliche und die sagende Politik belebende geistige Auseinandersetzung fand auch getreu im Mittelpunkt einer Wahlkundgebung der Reichsvereinigung junger Volksparteier in Dammersdorf. Alle drei Redner, Diekmann (Dresden), Gardt (Rötha) und Winkler (Weipitz) kamen immer und immer wieder auf die Volksnationale Reichsvereinigung zu sprechen. Wenn sie auch den Entschluß dieser Vereinigung, in den Wahlkampf einzutreten, scharf kritisierten, so muß doch festgestellt werden, daß sie versuchten, sich wenigstens im großen und ganzen rein sachlich mit der neuen Bewegung auseinanderzusetzen. Sie unterschieden sich dadurch außerordentlich vorteilhaft von dem zur älteren Generation gehörenden Vertretern der Volksnationalen, der in der Diskussion höchst leicht auf die junge Vereinigung schimpfte.

Allerdings hieß der eine Redner (Winkler-Weipitz) noch völlig im Neuhelmschen Steden, wenn er davon sprach, „eigentlich“ sei im Rahmen der alten Parteien Spielraum für jedes politische Wollen, und durch neue Parteien solle „allzu oft nur mancher persönliche Ehrgeiz befriedigt“ und mancher „politischen Eigenbrötlichkeit“ Platz gegeben werden. Diese Argumente hat man in der letzten Zeit in Sachsen vor jeder Wahl gehört. Sie treffen sicher auf manche Parteigründungen der letzten Jahre zu, berühren aber nicht im entferntesten den Kern der ersten Frage, warum sich diese Kreise des deutschen Volkes von den alten Parteien abzumenden beginnen und teilweise dem Republikanismus in die Hände fallen. Um die wahren Gründe dieser Umschichtung innerhalb der Wählerschaft zu erfassen und sein politisches Handeln entsprechend einzurichten, muß man denn doch noch etwas tiefer in die Dinge eindringen.

Das verfuhrte ein anderer Redner des getragenen Abends, Studentrat Gardt (Rötha), indem er die geistige Entwicklung der bündischen Bewegung, in der sich die jüngere, aus dem Felde heimkehrende Generation nach dem Kriege außerhalb der Parteien zusammenfand, schilderte, und die Entstehung der Volksnationalen Reichsvereinigung aus der Gedankenwelt dieser Kreise zu erfassen versuchte. Er gab zu, daß eine wirkliche Jugendbewegung in den Mittelparteien bisher nicht existiert habe, und sah in der Überalterung der Parlamente eine Gefahr, führte aber alle diese Gedankengänge nicht zu ihrem konsequenten Ende, sondern bog sich im letzten Augenblick — und das charakterisiert die ganze Bewegung — vorwärts in die schließenden Räume der alten Partei zurück, verabschiedete auf politische „Hochzeiten“, mit denen auf die Dauer nicht durchzukommen sei, und sang das alte, bekannte, etwas bauchbetonte Loblied der politischen „Reinhardt“ innerhalb der alten Partei, in der natürlich die Jugend „etwas mehr“ (das klang denn doch gar zu bescheiden) zur Geltung kommen müsse.

Mit größerer Schärfe sprach der bisherige Abgeordnete Diekmann, der sich gleich zu Anfang als Gegner des in der heutigen Form unmöglichen Länderparlamentarismus bekannte. Der Redner fand sehr treffende und sehr scharfe Worte gegen die rechtssozialistische Bewegung Hilfers, konnte aber nicht machen, daß die Deutsche Volkspartei in Thüringen mit der gleichen Partei in der Regierung sei, die sie in Sachsen als größte Gefahrenquelle bezeichnet. Wenn der Redner weiter erklärte, kaum je habe ein Parlament so kläglich verlagert wie

der letzte Landtag, der in einem Jahr ganze zwei Male angenommen habe, so ist dem beizupflichten. Nur ist das schon nicht mehr die Krise des Länderparlamentarismus, sondern bereits die Katastrophe, die Diekmann in seiner Rede noch in die Zukunft verlegte. Und an dieser Katastrophe ist nicht etwa der Wähler schuld, wie der Redner sich beruhigend bemühte; denn dieser arme gute Wähler hätte ja, als er im Mai 1928 seiner staatsbürgerlichen Pflicht genügt, nur die Wahl zwischen starken Vätern, auf deren Zustandekommen er keinen Einfluß besaß und die jeden persönlichen Kontakt zwischen Wähler und Gewählten zunichte machten.

In dieser Erklärung der letzten Parteikundgebung, in dem Geiste der Partei über den Geist und die Idee liegt die Ursache für das Auskommen neuer Parteien und neuer Bewegungen. Diese Erkenntnis vermehrte man am gehörigen Abend. Es wurde eine Menge schöner Gedankengänge angeschlossen, aber keiner bis zu Ende verfolgt. Diese Bewegung löst sich wand an den eisernen Stäben des Parteiführers.

Wenn man schließlich von allen Rednern achtern immer wieder „die schöne Bewegung des Jungdeutschen Erbes“ preisen hörte, der man „nächstes Jahr, ja näher als irgendeiner anderen Organisation gekannt habe“, die man „immer freudig begrüßt habe“, so fragt man sich als objektiver Beobachter, warum denn nunmehr über Nacht plötzlich Beobachter, warum denn dieser schönen Bewegung, der man sich geistig so eng verbunden gefühlt hatte, nachdem er praktisch ins politische Leben eingegriffen hatte, plötzlich ein „Zerfall“, ein „Verfall“, ein „Verfall“, ein „Verfall“ und was sonst noch alles geworden ist. Und die jungen Volksparteier dürfen es dann nicht ablehnen, wenn die Öffentlichkeit zu dem Schluss kommt, daß aus diesem Stimmungsdruck lediglich das ängstliche Bemühen spricht, den Monopolcharakter der alten Parteien auf dem politischen Feld aufrechtzuerhalten.

Dazu ist uns eigentlich die Jungvolkspartei Bewegung, in der sicher verheißungsvolle Reime schlummern, viel zu schade. Denn derartige Bemühungen sind ausbleibend. Heber den Verlust einer mechanischen Aufrechterhaltung überkommener Normen ist die Entwicklung noch immer hinweggeschritten.

Es ist noch völlig unbestimmt, wie die junge Bewegung der Volksnationalen Reichsvereinigung im Wahlkampf abzuwehnen wird; es ist noch unbestimmter, was sie im Landtag und später im Reichstag (dort, und nicht im sächsischen Landtag, wird die Entscheidung über ihre Zukunft gefaßt werden) leisten wird. Eines aber ist gewiß: Es ist jetzt die Stunde gekommen, da sich eine neue Generation in die Politik einzugliedern beginnt. Damit entsteht neues Leben, entstehen ganz neue Perspektiven. Wie diese Eingliederung in den nächsten Jahren erfolgen wird, kann niemand voraussagen. Aber mit dem bloßen Werede über Eigenbrötlichkeit, Spalterpartei usw. kommt man dieser Schicksalsfrage für das deutsche Volk nicht bei. Und auch — um das noch zum Schluß zu sagen — nicht mit der getrennt abend gefallenen Bemerkung, Maßraum habe nicht einen Gedanken entwickelt, den Stresemann nicht schon vorher irgend wann einmal auch gesagt habe, und der — so ist nun gemäß zu ergänzen — danach Eigentum der jungen Volksparteier geworden sei. Niemand hat ein Patentrecht auf die Gedanken großer Staatsmänner. Stresemann war in seinen letzten Lebensjahren weit über die Grenzen einer einzelnen Partei hinausgewachsen. Er gehörte dem ganzen Volk. Stresemann hatte den Weg zur jungen Generation gefunden, und wenn gesagt auch Menschen, die ihm nahe waren, der Bewegung Maßraum sympatisch gegenüberstehen, so erklärt sich das gerade daraus, daß in der Volksnationalen Reichsvereinigung etwas von dem Geist, dem bis zum Tod getreuen Verdienst und dem Idealismus dieses großen Deutschen fortlebt. Das aber ist kein Vorwurf, sondern ein hohes Lob.

Theodor Schulze

Die amtliche Mitteilung

+ Berlin, 13. Juni

In der amtlichen Mitteilung über den Verlauf der letzten Kabinetsbildung heißt es unter anderem: Der Reichsfinanzminister trug die auf Grund der letzten Kabinetsbeschlüsse formulierte Begründung der Vorschläge vor, die der Reichs-Kabinett einmütig zustimmte. Ziel dieser Politik ist die Überwindung der Arbeitslosigkeit, die Wiederherstellung der Rentabilität der Landwirtschaft, die Hilfe für den Klein- und die Sanierung der Finanzen. Die Reichsregierung ist der festen Überzeugung, daß durch ihre Maßnahmen die Arbeitslosigkeit in erheblichem Umfange gemindert werden kann. In diesem Zwecke ist das große Arbeitsbeschaffungsprogramm aufgestellt. Auch die Maßnahmen auf dem Gebiete der Agrarpolitik und der Hilfe kleinen Gewerbes, Arbeit und Brot zu schaffen. Voraussetzung für die Möglichkeit der Ausführung der nötigen Kredite ist die unverzügliche Durchführung und Erhaltung des Gleichgewichtes im Haushalt. Zugleich ist überwinden werden können jedoch die Schwierigkeiten nur dann,

wenn es gelingt, alle Produktionskosten und Preise herabzusetzen

und so zu einem generell niedrigen Preisniveau zu gelangen. Wesentlich für die Senkung der Produktionskosten ist die Senkung der öffentlichen Einnahmen. Das Reichskabinett verabschiedete unter diesem Gesichtspunkt ein Gesetz zur Erzielung von Einnahmeverlusten für die Länder und Gemeinden. In diesem Gesetz sind auch Bestimmungen enthalten, die die Wirtschaftskräfte zwischen den Personalausgaben der Gemeinden und denen von Reich und Ländern heiligen sollen.

Das Reichskabinett beschäftigte sich dann mit den letzten geldgeberischen Maßnahmen, die der Reichsfinanzminister zum Ziele der Vermögensverbesserung und Erhaltung getroffen hat. Auf Vorschlag des Reichsfinanzministers sollen

alle einzelnen geldgeberischen Maßnahmen in einem größeren umfassenden Rahmen vereinigt werden.

Der nach dem Ergebnis der vorstehenden Sitzung des Beratungsausschusses der Länderkonferenz festgestellt werden soll. Das Reichskabinett kam zu dem Ergebnis, daß nur durch Einbeziehung aller öffentlichen Körperschaften nach einem einheitlichen Plan und in gemeinsamer Arbeit mit den Ländern eine durchgreifende Erparnis- und Vereinfachung der Verwaltung erzielt werden kann. Das Reichskabinett beabsichtigt, um die Verwaltungsvereinfachung voranzutreiben, für die Dauer des Etatsjahres von der Regierung freizugebender Planstellen in den Ministerien und in solchen Gebieten der Landesverwaltung, die Hand zu nehmen, die im Rahmen des bereits beschlossenen Vereinfachungsprogramms in Zukunft wegfallen. Entsprechend der Notwendigkeit,

zu einer Vereinfachung der gesamten Lebensführung zu kommen.

Befehl des Reichskabinetts, auf 20 Prozent der den Reichsministern für Repräsentationszwecke zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel zu verzichten. Diese vorzulegenden, umfassenden Reformen können aber ausreichende Erparnisse nur auf lange Sicht bringen, während die Not der Zeit und die Durchführung des Gesamtprogramms der Reichsregierung entschlossen, sofortige Handeln erfordert. Deshalb hält die Reichsregierung fest an der Notwendigkeit der sofortigen Erledigung des Gesetzes zur Reform der Arbeitslosenversicherung, der Deckungsvorlagen und des Entwurfs einer Reform der Krankenversicherung, der heute vom Reichskabinett verabschiedet wurde. Das Reichskabinett ist sich schärflich bemüht, dem Reichskabinett die Mittel zu beschaffen, die im einzelnen zu unterbreiten. Auch diese Erparnisse können nach Lage der Dinge zur Zeit nur geringfügig sein, wenn an den größten Ausgabenposten, den Personalkosten, vorzulegenden wird.

Für diese Erparnisse ist zur Zeit kein anderer Weg möglich, als die vom Reichskabinett beschlossene Reichshilfe der Reichsregierungen.

Auch die in geheimer Lebensstellung befindlichen müssen der Not der Zeit ein Opfer bringen, wie auch von den Arbeitnehmern Opfer gefordert werden. Andre Wege, wie z. B. ein allgemeiner Zuschlag zur Einkommensteuer, haben eine neue Belastung der Produktion zur Folge und wirken dem Gedanken des Preisabbaus und der Verringerung der Arbeitslosigkeit entgegen.

Die Reichsregierung steht in dem ganzen ein einheitliches Programm, an dem sie noch wie vor festhält, weil sie der Überzeugung ist, daß nur seine konsequente Durchführung die Rettung aus schwerer Not bringen kann und bringen wird.

Die amerikanische Zollvorlage

Annahme im Senat

Sonderabteilung der Dresdner Neuesten Nachrichten

Washington, 14. Juni. (Durch United Press)

Die Zolltarifbill ist in der getragenen Senatssitzung angenommen worden. Bei der Abstimmung waren 43 Stimmen für und 42 Stimmen gegen die Vorlage abgegeben. Die Zolltarifbill geht nunmehr an Repräsentantenhaus, wo schon heute über sie abgestimmt werden soll. Man erwartet mit Bestimmtheit, daß die Bill auch im Repräsentantenhaus angenommen werden wird, und zwar mit beträchtlich größerer Stimmenmehrheit als im Senat. Sie wird dann dem Präsidenten zur Unterschrift übermitteln werden, dessen Stellung in der Zolltariffrage außerordentlich Gegenstand der Spekulation aller Kreise ist. Von seinem Beschluß, der mit allergrößter Spannung erwartet wird, hängt es ab, ob die Bill zum Gesetz erhoben wird.